

(Harald Krüger)

sagen solle. Ich muss gestehen, ich musste es auch zweimal lesen, um es zu verstehen. Übrigens ist es rechtlich noch nicht einmal richtig zu Ende gedacht. Liebe Kollegen von der SPD, da sind Ihre bayerischen Kollegen, die ein totales Rauchverbot haben, doch wenigstens konsequenter und mutiger.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die sehr populistisch von Ihnen geforderte und auch erfolgte öffentliche Anhörung vor ein paar Tagen ersetzt nun einmal nicht die eigene Meinung, die Sie offenbar bis gestern Abend nicht hatten. Es gab relativ wenig Teilnehmer, keinerlei neuen Argumente und auch die rechtlichen Bedenken, die Sie aufklären wollten – das war der Grund für die öffentliche Anhörung – wurden nicht mit einem einzigen Argument angesprochen. Die Erkenntnis aus dieser Anhörung ist, dass die Hamburger mit dem Koalitionsvorschlag weitgehend einverstanden sind. Es ist kein Thema, über das man sich aufregt. Eine deutliche Mehrheit, zum Beispiel bei einer Umfrage im "Hamburger Abendblatt" 56 Prozent, hat sich für diesen Vorschlag ausgesprochen. Gestern hat es eine Demo – ich weiß gar nicht, ob man die so nennen kann – gegeben.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU: Eine Versammlung!*)

– Eine Versammlung. Es gibt Zeugen, die berichten von 100 Teilnehmern, die DEHOGA spricht wohl von 300. Wie dem auch sei, die Massen hat es offenbar nicht mehr bewegt. Es gab auch aus Ihren Reihen einen Redner, den Kollegen Kahrs, der dazu gesprochen hat und der selber nicht wusste,

(*Frank Schira CDU: Der wusste gar nichts!*)

zu welchem SPD-Vorschlag er sprechen sollte; gestern Vormittag gab es noch keinen.

Sie werden verstehen, dass wir Ihren Zusatzantrag ablehnen. Er ist schlichtweg ungenügend, geht an der Sache vorbei und ich denke, GAL und CDU sind mit ihrer Gesetzesänderung auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Dr. Schäfer.

(*Frank Schira CDU: Der Arme! – Hans-Detlef Roock CDU: Hauptsache, er weiß, was er sagen soll!*)

Dr. Martin Schäfer SPD: – Ja, Herr Krüger, ich weiß, was ich sagen will

(*Harald Krüger CDU: Ich hab' doch gar nichts gesagt!*)

und möchte deswegen auch gleich mit Ihnen beginnen und mit dem Konsens, den wir vor zweieinhalb Jahren gemeinsam erarbeitet hatten. Er war verbunden mit einiger Vorarbeit, die ausführlich vonstattengegangen war. Es gab zwei Expertenanhörungen, wenn ich mich recht erinnere und ein Ergebnis, das nunmehr bei uns zu einem Zusatzantrag führte, der in der Tat nicht kreativ ist. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Er entspricht nämlich präzise dem, was wir mit der GAL zusammen damals ausgehandelt hatten, mit der Ausnahme dessen, was vom Bundesverfassungsgericht beanstandet worden ist. Insofern verstehe ich nicht, was Sie heute gegen das haben, was wir vor zweieinhalb Jahren nicht nur gemeinsam ausgehandelt, sondern auch gemeinsam beschlossen haben.

Zweitens gebe ich Ihnen recht, dass dieses Nichtraucherschutzgesetz, das wir damals verabschiedet haben, insofern erfolgreich gewesen ist, als es darum ging, Menschen,

(*Antje Möller GAL: Es geht um Gesundheit!*)

die nicht von Rauch belästigt werden wollen, von denjenigen zu trennen, die in Kauf nehmen, Rauch zu erzeugen und davon belästigt zu werden. Diese Trennung hat erfolgreich stattgefunden, das haben Sie selber gerade gesagt. Was also macht es notwendig, an dem Verfassungsgerichtsurteil etwas von dem zu ändern, was dort vorgegeben worden ist, statt zu sagen, dass es zwei völlig rechtssichere Möglichkeiten gibt. Die eine Möglichkeit – Sie haben sie angeführt – wäre ein komplettes Rauchverbot in öffentlichen Räumen. Die zweite Möglichkeit haben wir gewählt, nämlich hart an dem, was das Verfassungsgericht vorgegeben hat, entlang zu formulieren und von dem Kompromiss auszugehen, den wir damals gefunden hatten; das legen wir vor. Ihre Vorlage haben Sie ein halbes Jahr lang verschleppt, dann mit heißer Nadel gestrickt und jetzt haben Sie einen Kompromiss zwischen nahezu unvereinbaren Positionen gefunden,

(*Harald Krüger CDU: Aber wir haben ihn gefunden!*)

der unserer Meinung nach mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder einkassiert werden dürfte.

Von daher haben wir uns bei der Frage, welche der beiden rechtssicheren Positionen wir einnehmen, mehrheitlich für die entschieden, das beizubehalten, wovon Sie gerade selber sagten, es sei doch recht erfolgreich gewesen; das zu unserem Vorschlag.

(*Antje Möller GAL: Aber ungesünder! – Viviane Spethmann CDU: Das Bundesverfassungsgericht sagt was anderes!*)

Das letzte halbe Jahr ist weitgehend in dem Disconsens zwischen GAL und CDU verplempert worden.

(*Farid Müller GAL: Von Ihnen hat man ja gar nichts gehört in dieser Zeit!*)

(Dr. Martin Schäfer)

Was wir wollen, haben wir vor drei Jahren mit Ihnen und der CDU ausgehandelt und dazu stehen wir noch. Ihr Kompromiss sorgt nun dafür, dass all diejenigen, die jetzt ihren Betrieb den neuen Gegebenheiten anpassen möchten, genau eine Woche Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr haben. Ich darf Sie wieder an die Zeit von vor zwei Jahren erinnern. Damals haben wir es geschafft, das Gesetz im Sommer mit Wirkung zum 1. Januar zu verabschieden. Da hatten alle Betriebe die Möglichkeit, sich an die neuen Erfordernisse anzupassen. Es war im Übrigen ein Ergebnis der öffentlichen Anhörung, dass die Betriebe jetzt vor großen Schwierigkeiten stehen. Daran haben Sie sich auch nicht gehalten.

Das Verfassungsgericht hat den Gleichheitsgrundsatz eingefordert. Da hätte es zwei Möglichkeiten gegeben: Einmal das totale Rauchverbot und zum zweiten das, was wir vorlegen. Was Sie vorlegen, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb kurzer Zeit erstens – wie Sie es nannten – kreativ umgangen werden und zweitens auch noch einkassiert. Das wollten wir vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güçlü: Das Wort hat die Abgeordnete Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein Kollege Krüger hat schon vieles zum Werdegang dieses Gesetzentwurfes gesagt und die unterschiedlichen Positionen der Regierungsfractionen zu diesem Thema wurden in der Presse in den letzten Wochen und Monaten ausführlich dargestellt. Es wurde selten so dezidiert geschrieben, wer wann mit wem geredet hat und auch noch spekuliert, was möglicherweise wer in Gesprächen sagen könnte, die eigentlich noch gar nicht stattgefunden hatten. Von daher haben wir viel über dieses Thema diskutiert und hatten schon im Februar im Ausschuss eine sehr angeregte Diskussion nach der dortigen Expertenanhörung.

Mir und allen anderen gesundheitspolitischen Sprechern in diesem Haus ist damals ein ziemlich helles Licht aufgegangen, und zwar sind wir damals einheitlich zu der Erkenntnis gekommen, dass wir ein absolutes Rauchverbot in Hamburgs Gastronomie für die vernünftigste Lösung halten. Sogar der Kollege Böwer von der SPD erzählte der Presse hinterher stauend von dieser seiner neu gewonnenen Einsicht. Umso trauriger ist es, dass er heute mit einigen anderen aus der SPD einen Zusatzantrag vorlegt, der meilenweit von den Erkenntnissen im Februar entfernt ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Der Schutz der Passivraucher scheint Ihnen kein Anliegen mehr zu sein. Stattdessen fordern Sie auch Ausnahmeregelungen fürs Festzelt auf dem Dom, in dem sich viele kleine Kinder aufhalten, die eines besonderen Schutzes vor Passivrauch bedürfen. So langsam bekomme ich das Gefühl, dass die SPD bei jedem Thema, bei dem sie eigentlich nicht richtig weiß, in welche Richtung sie will und zu dem sie keine Meinung hat, erst einmal einen Redner auf die nächstbeste Demo, die in der Stadt stattfindet, schickt, der den Leuten dann nach dem Mund redet. Ich wüsste gerne, ob Herr Kahrs, wenn gestern neben den 60 Gastwirten, die ich im Vorbeifahren mit dem Bus gesehen habe, vielleicht 100 Verfechter des absoluten Rauchverbotes demonstriert hätten, dann stattdessen da geredet hätte und wir heute

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Der hätte auf beiden Veranstaltungen reden können!)

einen Antrag für das absolute Rauchverbot hätten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Meine Fraktion, die von Beginn an eine sehr klare Linie bei diesem Thema vertreten hat, hält einen umfassenden Schutz für Passivraucher aus folgenden Gründen weiterhin für richtig und wichtig. Passivrauch ist nachgewiesenermaßen schon ab der kleinsten Menge gesundheitsschädlich und möglicherweise krebserregend. In vielen anderen europäischen Ländern und auch den USA ist es bereits selbstverständlich, dass in der Gastronomie überhaupt nicht mehr geraucht wird. Die Leute gehen vor die Tür und erste gesundheitliche Erfolge sind deutlich messbar. Verschiedene Studien aus Europa und Amerika beziffern den Rückgang der Herzinfarktquote auf zwischen 25 und 35 Prozent. Das sind Entwicklungen, von denen gerade Frauen und jüngere Menschen deutlich profitieren.

Die Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums hat schon 2005 belegt, dass im Jahr ungefähr 260 Menschen in Deutschland, 260 Passivraucher, an Lungenkrebs sterben. Das sind 260 zu viel.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Gerade die Mitarbeiter, die viel Zeit in Räumlichkeiten verbringen, in denen geraucht wird, sind einer starken gesundheitlichen Gefährdung ausgesetzt. Herr Krüger hatte schon deutlich gemacht, dass auf EU-Ebene derzeit Bestrebungen laufen, den Gesundheitsschutz in diesem Bereich noch besser zu verankern. Außerdem müssen gerade Kinder im öffentlichen Raum umfassend vor Passivrauch geschützt werden. Es ist unsere Pflicht als Gesetzgeber, dies, soweit es geht, auch möglich zu machen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Um es noch einmal kurz zusammenzufassen, gilt in Hamburg zukünftig die relativ einfache Formel: